

## Die belgische Krise oder: Ein zerrissenes Land

Marion Schmitz-Reiners\*

**Seit einem halben Jahr treibt Belgien, Gastland der Europäischen Institutionen, steuerlos vor sich hin. Am 10. Juni 2007 wählten die Belgier ihr neues Parlament, bisher kam keine Regierung zustande. Die Konflikte zwischen flämischen und wallonischen Politikern haben sich derart zugespitzt, dass der mit der Koalitionsbildung beauftragte Christdemokrat Yves Leterme am 1. Dezember das Handtuch warf. Die Gründe für die Krise sind historisch gewachsene Ressentiments zwischen Flamen und Wallonen und das Armutsgefälle zwischen dem Norden und dem Süden des Landes. Nun soll der abgewählte Premier Guy Verhofstadt das Schiff wieder flott machen.**

„Aussichtslos!“ titelte am Montag, dem 3. Dezember, die flämische Zeitung „De Standaard“ in weißen Lettern auf schwarzem Grund. Der Belgische Arbeitgeberverband VBO befürchtete „irreparablen Schaden für Belgien: Das Ausland beginnt die Stirn zu runzeln, wir müssen dringend zur Stabilität zurückkehren.“ Und die deutschsprachige Zeitung Grenz-Echo in Eupen beschied knapp: „Belgien wird zur Lachnummer“.

Tiefe Besorgnis und beißender Spott – zwischen diesen Polen schwanken in Belgien die Reaktionen auf das Scheitern der Regierungsverhandlungen. Ein halbes Jahr lang hatten die flämischen Christdemokraten (CD&V/NV-A) und Liberalen (Open VLD) und die wallonischen Christdemokraten (CDH) und Liberalen (MR) um ein Koalitionsabkommen gerungen. Am 1. Dezember warf Verhandlungsführer Yves Leterme, bis Juni flämi-

scher Ministerpräsident und designierter Premierminister, das Handtuch.

### Streitpunkt Konföderalisierung

Gescheitert war er an unüberbrückbaren Meinungsunterschieden zwischen flämischen und wallonischen Politikern über die Zukunft des belgischen Staats. Seit Jahren streben die Flamen eine Verfassungsreform an, die letztendlich in ein konföderales Staatsgebilde münden soll. Die Wallonen sind strikt dagegen. Die Gründe für diese gegensätzlichen Standpunkte sind nicht gerade altruistischer Art: In einem weitgehend föderalisierten Staat würden die im reichen Flandern entrichteten Steuern und Sozialabgaben in der Region bleiben; die arme Wallonie indes könnte, vom flämischen Finanztropf abgekoppelt, noch nicht einmal mehr ihre Rentner und Arbeitslosen beköstigen.

### Zweigeteilte Parteienlandschaft mit verhärteten Fronten

Vor allem die flämischen und die wallonischen Christdemokraten standen sich während der Verhandlungen unversöhnlich gegenüber. Dass sich zwei Schwesterparteien ein- und desselben Landes derart zerstreiten können, liegt auch an der ungewöhnlichen Parteienlandschaft Belgiens: Es gibt dort keine Bundesparteien mehr. In den 1970er Jahren, nach der ersten von bisher fünf Föderalismusreformen, spalteten sich die drei großen belgischen Parteien – die Christdemokraten, die Liberalen und die Sozialdemokraten – in je einen flämischen und wallonischen Flügel auf. Zunächst gab es noch gemeinsame Parteitage. Die sind schon lange Vergangenheit. Heute sind sich die Schwesterparteien dies- und jenseits der Sprachengrenze oft feindlicher gesonnen als beispielsweise die Regierungs- und Oppositionsparteien ein- und derselben Region.

\* Die Autorin ist freie Journalistin, lebt seit 25 Jahren in Belgien und hat vier Bücher über ihre Wahlheimat veröffentlicht, zuletzt „Belgien für Deutsche – Einblicke in ein unauffälliges Land“, Berlin 2007 (2. Auflage).

Die wallonische CDH hatte ein halbes Jahr lang kategorisch auf ihrem „Nein“ zu der von ihrer flämischen Schwesterpartei CD&V geforderten Föderalismusreform beharrt. In der Bevölkerung entwickelten sich Feindbilder. Die attraktive, schwarzhäufige Joëlle Milquet, Vorsitzende der CDH, wurde für die Flamen zur starrköpfigen „Madame Non“. Der Süden indes hatte sich an Leterme festgebissen. Die französischsprachige Zeitung „Le Soir“ widmete dem ehrgeizigen, katholischen Flamen im Oktober einen zwei Seiten langen Artikel, der ausschließlich der Analyse seiner Psyche gewidmet war und dessen doppeldeutige Überschrift lautete: „Der Komplex Leterme“.

### **Eine lange Geschichte kulturellen und wirtschaftlichen Ungleichgewichts**

Um die Verhärtung der Fronten begreifen zu können, muss man tief in die Geschichte Belgiens hinabsteigen. Denn die Konflikte zwischen niederländisch- und französischsprachigen Belgiern um Macht und Einfluss im Königreich hatten bereits mit der Staatsgründung begonnen.

1830 riss sich das heutige Belgien von Holland los, dem es vom Wiener Kongress zugeschlagen worden war. Die Abspaltung vom protestantischen Königreich war von der katholischen, französischsprachigen Mittel- und Oberschicht betrieben worden; das Ergebnis war, dass die Minderheitensprache Französisch mehr als hundert Jahre lang die dominierende Sprache im Land war. Auch Belgiens Reichtum war im französischsprachigen Süden zu verorten, in der Wallonie, in der es eine blühende Eisenhüttenindustrie gab. Das bevölkerungsreichere Flandern hingegen war das Armenhaus des Landes, dort lebten vor allem Bauern, Tagelöhner und Textilarbeiter. Das Niederländische galt als die „Sprache der Tiere und Knechte“. Erst 1873 rang sich die Regierung zum ersten einer Reihe von Sprachengesetzen durch, die den Flamen den Gebrauch des Niederländischen im Umgang mit Behörden und Gerichten und im Unterrichtswesen gestatteten. Aber es sollte noch einmal sechzig Jahre dauern, bis an der Universität von Gent auf Niederländisch gelehrt werden durfte. Sie war landesweit die erste, an der junge Flamen in ihrer Muttersprache studieren konnten.

Zum kulturellen und wirtschaftlichen Ungleichgewicht zwischen Flandern und der Wallonie kamen ideologische Differenzen. Das ländliche Flandern war nach wie vor katholisch, die Wallonie mit ihrem riesigen Heer von Bergarbeitern sozialistisch geprägt. 1951 prallten die beiden Weltanschauungen aufeinander. Die belgische Regierung hatte zu einer Volksbefragung über die Rückkehr König Leopolds III. aus dem schweizerischen Exil aufgerufen; dem König waren während des Kriegs und auch noch danach Sympathien für Hitler vorge-

worfen worden. Die „roten“ Wallonen stimmten gegen, die „schwarzen“ Flamen für die Rückkehr. Im ganzen Land brachen Streiks und Straßenkämpfe aus. Ein Jahr nach seiner – von der Stimmenmehrheit der Flamen getragenen – Rückkehr trat Leopold zugunsten seines Sohns Baudouin zurück, um die Unruhen zu beenden. Die „Königsfrage“ gilt im kollektiven Gedächtnis der Belgier als Auslöser für die Festlegung der Sprachengrenze.

### **Sprachlicher Grenzzaun per Verfassung**

Die Regierung zog 1962 die Sprachengrenze, um die Streithähne zu trennen. Aber noch 1968 stürmten wütende Flamen die Löwener Universität, die letzte im Norden, an der es noch Vorlesungen auf Französisch gab. Die französischsprachige Abteilung zog in die Wallonie um. Der Löwener „Kulturkampf“ läutete das Ende des Einheitsstaats ein. 1970 wurden im Zuge der ersten Verfassungsreform drei „Kulturgemeinschaften“ gegründet, eine flämische, eine französische und eine deutsche. Der Ruf der einzelnen Bevölkerungsgruppen nach mehr Autonomie ist seitdem nicht mehr verstummt. Mittlerweile gibt es in Belgien drei „Region“ genannte Bundesländer mit eigenen Parlamenten und Regierungen: das niederländischsprachige Flandern, die französischsprachige Wallonie und das zweisprachige Brüssel. Außerdem gibt es zwei „Gemeinschaften“, die Deutschsprachige Gemeinschaft (DG) im Osten Belgiens mit ihren 70.000 Einwohnern und die Französische Gemeinschaft, eine Art virtuelles Bundesland, das auch die Französischsprachigen in Brüssel umfasst. Auch die beiden Gemeinschaften haben eigene Regierungsapparate mitsamt Ministerpräsidenten.

### **Mit Solidarität kaum zu rechnen**

Ein zersplittertes Land, in dem kaum noch eine nationale Solidarität aufzuspüren ist. Das liegt auch an alten Rachegefühlen der Flamen. In den sechziger Jahren war es auf einen Schlag vorbei mit der Armut der Region. Im Antwerpener Hafen ließen sich die ersten deutschen Chemiekonzerne nieder. Ihrem Beispiel folgten zahllose multinationale Unternehmen. Heute ist der Hafen der zweitgrößte Europas und sein Umland nach Houston das zweitgrößte Chemieindustrie-Zentrum der Welt. Außerdem gibt es in Flandern eine blühende High-Tech-Industrie. In der Wallonie setzte – ebenfalls in den sechziger Jahren – eine gegenläufige Entwicklung ein. Die Kohle- und Erzvorräte waren erschöpft, die vom Krieg nicht zerstörten Industrieanlagen völlig veraltet. Die Wallonie verarmte ebenso schnell, wie Flandern reich wurde.

Von Mitleid der Flamen für die armen Brüder im Süden konnte nie die Rede sein. Im Gegenteil: Noch immer haben sie nicht vergessen, dass sie von den Französischsprachigen einst missachtet

und verlacht wurden. Jedoch werden Steuern und Sozialabgaben nach wie vor von der Bundesregierung übers Land verteilt. Aus dem Portemonnaie eines jeden erwachsenen Flamen, so wird in Flandern immer wieder ausgerechnet, fließen täglich 2,50 Euro in die Wallonie. Ob diese Zahl stimmt, ist schwer nachzuprüfen. Zugkräftig ist sie allemal.

### **Konflikte innerhalb der politischen Familien**

Mittlerweile ist im Königreich eine Politikergeneration am Ruder, die in einem föderalisierten Staat aufgewachsen und für die der Begriff „Belgien“ nebulös geworden ist. Jeder Politiker wirbt um Wählerstimmen, indem er seinem Wahlvolk verspricht, die jeweils eigene Region wirtschaftlich voranzubringen. Das führt in einem Land wie Belgien, in dem es zahllose unterschiedliche Interessen gibt, zwangsläufig zu Konflikten auch innerhalb der eigenen politischen Familie. Dennoch sind die jeweiligen Partner dies- und jenseits der Sprachengrenze zum Zusammenleben vergatert. Denn bisher setzte sich jede belgische Regierung aus Schwesterparteien der beiden Landesteile zusammen. Das ist in der Verfassung zwar nicht vorgeschrieben, aber politischer Usus, von dem man nicht abweichen kann, ohne den jeweils anderen Landesteil zutiefst zu brüskieren.

Dass die Solidarität vor allem zwischen flämischen und wallonischen Christdemokraten einen neuen Tiefpunkt erreicht hat, liegt auch daran, dass sich die CD&V kurz vor der Wahl mit der flämisch-nationalistischen NV-A verbündet hat und deshalb noch weiter nach rechts gerückt ist. Mit der Entscheidung für das Kartell wollte Letermé die rechten Strömungen in Flandern absorbieren, einer Region, in der seit Jahren 20 bis 25 Prozent aller Bürger die rechtsradikale und ausländerfeindliche Partei Vlaams Belang wählen. Tatsächlich verlor die Vlaams Belang bei der Wahl im Juni einen Sitz im belgischen Abgeordnetenhaus, womit der Höhenflug der Partei, der Anfang der neunziger Jahre eingesetzt hatte, zum ersten Mal abgebremst war. Allerdings ist die NV-A, die aus dem Nichts 5 Sitze errang, nicht weniger separatistisch gesinnt als die Vlaams Belang. Salonfähiger ist sie nur, weil sie die Ausländerpolitik nicht zum Wahlkampfthema gemacht hat.

### **Rechts- und Linksverschiebungen zum Stimmenfang**

Während die flämischen Christdemokraten nach rechts rückten, rückten die wallonischen Christdemokraten nach links. Seit dem Amtsantritt von Joëlle Milquet als Parteivorsitzende profiliert sich die CDH als eine in der linken Mitte angesiedelte Volkspartei, weshalb sie auch das „Christlich“ aus ihrem Namen gestrichen hat und sich heute „Demokratisch-Humanistisches Zentrum“ nennt (im Volksmund sind sie aber die Christdemokraten geblieben). Auch Milquet handelte taktisch, aller-

dings mit umgekehrten Vorzeichen: Sie wollte die in der Wallonie seit Jahrzehnten übermächtigen Sozialdemokraten schwächen. Was ihr gemeinsam mit den Liberalen auch gelang. Erstmals seit Jahren musste die Parti Socialiste einen Stimmenverlust einstecken. In der heruntergekommenen einstigen Eisenhüttenmetropole Charleroi, einer ihrer Hochburgen, waren es sogar 16 Prozent. Das hat Milquet auf ihrem Weg nur bestärkt.

### **Das Ultimatum Letermés**

Wie sollen die beiden Parteien sich noch vertragen, wie gemeinsam das Land führen, wenn es kaum noch ideologische Übereinstimmungen gibt, ganz zu schweigen von der Meinung über die Zukunft des Landes? Die anderen beiden Verhandlungspartner, die flämische und wallonischen Liberalen, zeigten sich entsprechend ihrer Parteiideologie kompromissbereiter. Dennoch scheiterten die Koalitionsverhandlungen an dem Ultimatum, das Letermé nach einem halben Jahr des Zuwartens auf den Tisch legte: Er gab den vier Parteien 24 Stunden Zeit, um mit einem klaren Ja oder Nein auf die Frage nach der Staatsreform zu antworten. Milquet sagte ein letztes Mal „Nein“.

Viele Belgier sind heute der Meinung, dass Letermé das Ultimatum zu Anfang und nicht zum Ende der Verhandlungen hätte stellen müssen. Jean-Luc Dehaene, der christdemokratische Vorgänger von Guy Verhofstadt, hatte während der Verhandlungen sogar eine Scheidung von CD&V und NV-A vorgeschlagen, was die CD&V sich aber nicht erlauben konnte, weil das Kartell sonst fünf Sitze im Parlament und damit seine Vormachtstellung verloren hätte. Die Folge des langen Zögerns ist, dass das politische Leben in Belgien seit einem halben Jahr brach liegt.

### **Ein gelähmtes Belgien vor einem Berg drängender ungelöster politischer Fragen**

Seit Juni wird das Land kommissarisch von dem abgewählten liberalen Premier Guy Verhofstadt regiert. Aber er kann mit seinen Ministern nur die laufenden Geschäfte abwickeln und keine neuen Initiativen ergreifen. Gesellschaftliche Problemfelder wie Ausländerintegration, Kriminalitätsbekämpfung oder sinkende Kaufkraft bleiben seit Monaten unbeackert. Die gigantischen Autostaus rings um Brüssel und Antwerpen werden täglich länger, niemand setzt sich für den dringend erforderlichen Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs ein. Die belgische Börse schwächelt, ausländische Investoren halten sich zurück. Noch immer liegt kein Haushalt fürs nächste Jahr vor. Und der noch immer amtierende liberale Außenminister Karel De Gucht beklagte sich Anfang Dezember bei einem Radiointerview bitter, dass er bei Auslandsreisen neuerdings mehr Zeit damit verbringen müsse, Fragen über die „belgischen Probleme“ zu be-

antworten, als seinen eigentlichen Aufgaben nachzugehen.

### Letzte Rettung Notregierung, Prognosen für die weitere Zukunft: unmöglich

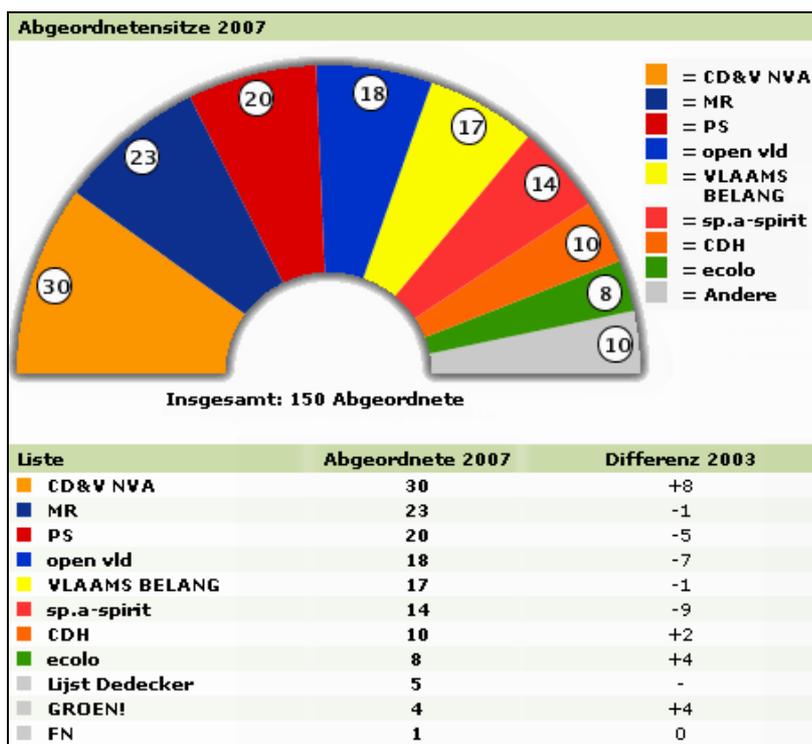
In Zeiten von Staatskrisen ist dem belgischen König immer eine Vermittlerrolle zugefallen, die auch von der Verfassung gefordert wird. Albert II. hat nach dem Aufgeben Letermes Guy Verhofstadt gebeten, die Lage zu sondieren und Lösungen zu entwickeln. Viele Belgier bedauern nach einem halben Jahr der Irrungen und Wirrungen, den erfahrenen, stets kompromissbereiten Politiker abgewählt zu haben. Nun gilt er als Hoffnungsträger.

Aber auch sein Spielraum ist begrenzt. Würden neue Mehrheiten geschaffen, sprich Koalitionsgespräche mit den Wahlverlierern dies- und jenseits

der Sprachengrenze aufgenommen, den Sozialdemokraten und den Grünen, dann würde erstens der Wählerwille missachtet und zweitens wäre Belgien genauso weit wie am 10. Juni. Aus diesem Grund verbieten sich auch Neuwahlen. Die einzige Lösung scheint eine Not- oder Minderheitsregierung, wobei der wallonische Liberalen-Chef und bisherige Vizepremier Didier Reynders als Übergangspräsident gehandelt wird. Eine Rückkehr Letermes gilt als unwahrscheinlich. Ob die Flamen sich aber mit einem französischsprachigen Premier abfinden, steht dahin. Eine Signalwirkung erwartet man sich von den nächsten Regionalwahlen, die bereits in anderthalb Jahren, im Sommer 2009, stattfinden. Sie werden darüber entscheiden, ob die Belgier ihr Land noch wollen oder nicht. Eine Prognose ist, so wie die Dinge heute liegen, unmöglich.

### Links und weiterführende Informationen

#### Die Sitzverteilung im Parlament nach der Wahl vom 10. Juni 2006



[http://wahl2007.belgium.be/de/cha/seat/seat\\_etop.html](http://wahl2007.belgium.be/de/cha/seat/seat_etop.html)

#### Die Parteien im Wahlkampf – Ihre Ziele, ihre Bedeutung, alles, aber kurz, von Heribert Korfmacher

<http://www.belgieninfo.net/artikel/view/article/die-parteien-im-wahlkampf.html>